

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 885 845 pöbn d
Telefax: 21 0664



Inhalt

Gernot Erler MdB zur Entwicklung in der Sowjetunion: Im "Krieg der Gesetze" jetzt noch ein "Krieg der Referenden"

Seite 1

Fritz Rudolf Körper MdB zu den sinkenden Wahlbeteiligungen: Alarmzeichen oder Angleichung an das "Übliche"?

Seite 3

Dokumentation

Oskar Lafontaine: Zur Vernunft zurückkehren, der Diplomatie eine Chance geben

Seite 4

46. Jahrgang / 28 / 8. Februar 1991

8. Februar 1991

Im "Krieg der Gesetze" jetzt noch ein "Krieg der Referenden"

Vor Gorbatschow stehen neue Kraftproben mit den Republiken

Von Gernot Erler MdB

Wer heute in Vilnius das Parlamentsgebäude betreten will, läßt sich auf ein Abenteuer ein. Es gibt nur noch eine PKW-schmale Zufahrt, erst zwischen mächtigen Kieshaufen hindurch, hinter denen ein Riesenbulldozer zur Verspernung der Einfahrt bereitsteht, dann durch Mäander von Betonquadern hindurch, in denen bewaffnete Zivilisten die Fahrzeuge kontrollieren, und schließlich muß man zu Fuß einen hüftbreiten Gang zwischen Sandsackwällen durchqueren, nochmals sich einer Kontrolle von bewaffneten litauischen "Landwehr"-Leuten stellen, bis der Eingang des Gebäudes erreicht ist. Im Parlament setzt sich die Wagenburg-Atmosphäre fort: Durch Vorhänge verdunkelte Fenster, Sandsacksperrern, Polstergruppen, auf denen sich ermüdete Freischärler (800 sollen sich im Haus befinden) zum Nickerchen hingestreckt haben, ohne die Pistolengurte dabei abzulegen, während sich auf den Gängen Parlamentariergruppen, Minister und ausländische Gäste versuchen zurechtzufinden.

In den ebenfalls halbdunklen weitflächigen Arbeitsräumen von Vytautas Landsbergis liegt für jeden Besucher unübersehbar ein Stapel großformatiger Fotos bereit. Sie halten in Schwarz-Weiß die dramatischen Ereignisse des 12. und 13. Januar fest, als sowjetische Panzer den Zugriff auf die Sendestation der litauischen Hauptstadt blutig unterstützten. Die ganze martialische, gefechtsbereite Bewachung des Parlamentsgebäudes scheint im Gegensatz zu einem friedlichen öffentlichen Leben zu stehen. Sowjetische Militärpräsenz ist beschränkt auf die abgeriegelte Umgebung des Senders, vor dem einige verlassen wirkende Schützenpanzer vor sich hinträumen und ein einsamer Sowjetsoldat ohne jede öffentliche Betrachtung patrouilliert.

Es könnte die Ruhe vor einem neuen Sturm sein, denn erneut braut sich ein Konflikt zusammen. Der litauische Präsident, befragt nach den weiteren Aktivitäten des ominösen "Nationalen Rettungskomitees", das ihn Mitte Januar entmachten wollte, zeigt ein russisch geschriebenes Flugblatt vor, daß zur Nichtbefolgung von Anweisungen des Präsidenten aufruft. Es enthält einen handschriftlichen Zusatz am Ende des Textes: "Nicht hingehen zur Befragung!"

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Zertifizierter Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Gemeint ist eine Art Referendum, das Landsbergis am kommenden Samstag in ganz Litauen durchführen will. Die Bürger sollen mit Ja oder Nein beantworten, ob sie mit der Bildung einer unabhängigen, demokratischen Republik Litauen einverstanden sind. Lange weigerten sich die baltischen Republiken, eine solche Volksbefragung durchzuführen. Sie fürchteten, daß dies als Nachgeben gegenüber den ständigen Forderungen Gorbatschows verstanden würde, auf dem Wege zum Austritt aus der Union der Sowjetrepubliken die "gesetzlichen Vorschriften" zu beachten. Und dieses Gesetz, am 3. April 1990 beschlossen, fordert als erstes von den austrittswilligen Republiken eine Zweidrittelmehrheit in einem Referendum darüber, daß die Bevölkerung den Austritt tatsächlich will. Landsbergis weigerte sich stets, so zu verfahren, weil er auf dem unverrückbaren Standpunkt steht, Litauen könne gar nicht aus der Union austreten, da der Anschluß über den Hitler-Stalin-Pakt von vornherein rechtswidrig erfolgte und damit völkerrechtlich nie gültig geworden sei.

Wenn er jetzt die Strategie wechselt und für den 9. Februar doch eine "Befragung" (bewußt benutzt man nicht das Wort Referendum) vorbereitet, dann gibt es dafür zwei Gründe. Einmal ist der psychologische Moment äußerst günstig. Der "Blutsonntag" vom 13. Januar hat die Litauer komplett hinter ihrem Präsidenten vereint, nachdem sie zuvor schon jedes Vertrauen in die eigene Regierung und den Präsidenten wegen der sich zuspitzenden ökonomischen Krise und einer überzogenen Preiserhöhung für Nahrungsmittel Anfang Januar zu verlieren begannen. Die Verbitterung über Moskaus staatsstreichartiges Vorgehen verdeckt gegenwärtig alle Kritik an der Sturheit von Landsbergis und seiner offensichtlichen Unfähigkeit, ein anderes Thema als die Souveränität der Republik erfolgreich anzupacken.

Dann aber kommt hinzu, daß Gorbatschow am 17. März unionsweit ein Referendum über den neuen Föderationsvertrag abhalten will. Der Text soll lauten: "Halten Sie eine Wahrung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken als erneute Föderation souveräner Republiken, in der die Rechte und Freiheiten der Menschen und Nationalitäten in vollem Umfang garantiert werden, für notwendig?" Die Antwort soll auch hier schlicht "Ja" oder "Nein" lauten. Ausgezählt werden alle Stimmen unionsweit und das Ergebnis ist dann verbindlich für die gesamte Sowjetunion und später nur durch ein erneutes, landesweites Referendum aufhebbar.

Zwar haben sich bereits die baltischen Republiken sowie Georgien und Armenien geweigert, eine solche Volksbefragung durchzuführen, aber gerade deshalb steigen die Chancen, daß letztlich eine deutliche Mehrheit der sowjetischen Bevölkerung mit Ja für die Föderation stimmt. Landsbergis befürchtet einen positiven psychologischen Effekt für eine Wahrung der Union auf föderativer Basis, was ihn als entschlossenen Separatisten schrecken muß - deshalb sein Alleingang mit dem vorgezogenen eigenen Referendum am 9. Februar.

Lettland und Estland haben sich dem litauischen Weg etwas zögernd angeschlossen und wollen nun Anfang März ebenfalls Befragungen nach dem Modell Vilnius durchführen. Ihr Zögern ist verständlich: In beiden Republiken ist die heutige Bevölkerung zu fast 50% nichtbaltischer Herkunft. Eine Gesetzgebung in den letzten Monaten, die besonders von den dort lebenden Russen als schikanös betrachtet wird, und gelegentliche nationalistische Ausfälle gegen Nichtbaltien lassen es fraglich erscheinen, ob das Stimmenergebnis für die Eigenstaatlichkeit eindrucksvoll ausfällt. Solche Ängste braucht Landsbergis nicht zu haben: Seine "Titulnation" stellt 80% der Bevölkerung in Litauen, denen nur 9% Russen, 7% Polen und einige andere Minderheiten gegenüberstehen. So erwartet der Präsident in seiner betonverteidigten Festung am kommenden Samstag ein deutliches Votum für seine kompromißlose Eigenständigkeitsposition.

Gorbatschow setzt alle Mittel ein, um Landsbergis diesen Weg zu verstellen. Er erklärte das Referendum in dieser Form für illegal und läßt den besetzten Sender in Vilnius pausenlos vor einer Beteiligung warnen. Im Äther antwortet darauf das nichtbesetzte litauische Radio von Kaunas ebenso wie ein improvisierter Sender aus dem Hauptstadt-Parlament, der zur Teilnahme an der Befragung aufruft. Um sich gegen neue Übergriffe zu wappnen, hat der litauische Oberste Sowjet außerdem für den 7. bis 9. Februar eine internationale Konferenz nach

Vinius einberufen und für den Tag der Abstimmung Parlamentarier aus allen europäischen Ländern und den anderen Unionsrepubliken zur Beobachtung eingeladen. Erneut steht ein Wochenende voller Anspannung im Baltikum bevor.

In Moskau spricht man in diesen Tagen viel vom 'Krieg der Gesetze', jenem Wettbewerb von Unions- und Republikgesetzen, die sich gegenseitig die Legitimität absprechen und damit selber dafür sorgen, daß viele Gesetze von niemandem mehr beachtet werden. Mitten in diesem 'Krieg' ist ein neuer ausgebrochen, der Kampf der Referenden. Der Ausgang ist wahrscheinlich derselbe: Am Ende steht ein Ja für ein selbständiges Litauen gegen ein Ja für Gorbatschows Föderationskonzept. Viel hängt davon ab, ob es die Beteiligten schaffen, ihre psychologische Kriegsführung zu beenden und endlich in direkte Verhandlungen über ein faires Verfahren einzutreten, wie bei der Entlassung in die volle Souveränität die Interessen beider Seiten ausreichend berücksichtigt werden können.

(-/8.2.1991/rs/fü)

Alarmzeichen oder Angleichung an das "Übliche"?

Zu den sinkenden Wahlbeteiligungen

Von Fritz Rudolf Körper MdB

Ist es ein Alarmzeichen, was wir an Rückgängen an Wahlbeteiligungen in den letzten Jahren erleben, oder nur die Angleichung an das europäische und amerikanische Durchschnittsniveau?

Erhebliche Einbrüche an Wahlbeteiligungen waren u.a. bei der letzten Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 zu registrieren: Lag die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1987 noch bei 84,3%, so waren bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl nur noch 77,8% zur Wahl gegangen. Und dies gerade mitten im Aufbauprozeß des zusammengekommenen Deutschland. Eine Phase, die nicht von Sätturierung und Zufriedenheit geprägt, sondern in der Kreativität und Engagement mehr denn je gefragt sind.

Liegt die rückläufige Wahlbeteiligung nur an den zu häufigen Wahlgängen? Ist der Bürger wahlmüde oder aber ist es ein Stück Verdrossenheit gegenüber Politik?

Häufige Wahltermine gab es schon immer, allerdings ist es ernsthaft zu überlegen, ob beispielsweise die Landtagswahltermine nicht mittelfristig auf ein oder zwei Termine zu legen sind, um unser Land von einem permanenten Wahlkampf zu befreien. Man dient auch nicht dem Föderalismus, wenn jede Bundestagswahl zur bundespolitischen Entscheidung hochstilisiert wird.

Oder aber liegt es an der Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft der Politik und der Politiker.

Eine Politik, die die Menschen in ihren existenziellen Herausforderungen nicht mehr abholt und ausschließlich den Eindruck vermittelt, als reiner Selbstzweck zu bestehen, wird nicht mehr angenommen. Aber Politik ist nicht mehr und nicht weniger als die Organisation unseres menschlichen Lebens! Zwischen Politik und der Möglichkeit der persönlichen Lebensgestaltung besteht ein grundsätzlicher Zusammenhang und dieser Zusammenhang muß durch die politische Arbeit verdeutlicht werden.

Wenn aber die Politik den Trend sinkender Wahlbeteiligungen nicht erkennt und keine Konsequenzen zieht, wird dieses Phänomen mehr als nur ein Alarmzeichen sein. Die Demokratie insgesamt steht dann auf dem Prüfstand.

(-/8.2.1991/rs/fü)

DOKUMENTATION

Oskar Lafontaine: Zur Vernunft zurückkehren, der Diplomatie eine Chance geben

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine, Ministerpräsident des Saarlandes, hat in einem Beitrag für die Zürcher "Wettwoche" gegen den Golfkrieg Stellung genommen. Wir dokumentieren den Artikel.

Wieder einmal sind in Deutschland die Demonstrationen gegen Krieg und Gewalt länger und zahlreicher als in den meisten Nachbarländern. Wer sich darüber jetzt wundert, muß ein kurzes Gedächtnis haben. Bereits in den 80er Jahren, als es noch galt, das atomare Wettrüsten zwischen Ost und West zu stoppen, hatte die Friedensbewegung in der Bundesrepublik mehr Menschen auf die Straße gebracht als in jedem anderen europäischen Land. Auch damals schon wurden im Ausland Stimmen laut, aus denen Unverständnis, gar Unbehagen über eine solche Friedfertigkeit deutlich herausklang. Dabei ist nichts so verständlich wie die Friedenssehnsucht gerade der Deutschen, ist sie doch das logische Ergebnis eines schweren nationalen Traumas: Gleich zweimal im Verlaufe des zwanzigsten Jahrhunderts hat Deutschland den Frieden mit Stiefeln getreten, hat ganze Länder, auch das eigene in Brand gesetzt, hat den Tod von Millionen auf sich geladen. Mit dieser Schuld mußte das Gewissen der Deutschen fertig werden. Nur Japan hat eine ähnlich traumatische Erfahrung gemacht, verstärkt noch durch das Leid von Hiroshima. Auch dort schlug sich der Schock in einem konstitutionellen Pazifismus nieder. Die Reaktion der Deutschen war vergleichbar.

Als der Parlamentarische Rat die Ächtung des Angriffskriegs, sei er noch so gerecht, ins Grundgesetz schrieb, nickten die Siegermächte beifällig. Und sie nickten wieder, als sich die Deutschen anschickten, gemäß ihrer demokratischen Verfassung zu denken und zu empfinden. "Nie wieder Krieg" hieß die Losung des Neubeginns. Deutsche Lehrer bluteten sie deutschen Kindern ein, deutsche Pastoren predigten sie von deutschen Kanzeln, deutsche Politiker bekräftigten sie in deutschen Parlamenten. Das war gut so. Kein Philosoph und kein Dichter wagte es noch, den Krieg als solchen zu rechtfertigen. Ernst Jünger kam außer Mode, Wolfgang Borcherts "Sag nein" wurde an die Pinnwände geheftet.

Den Deutschen ihren Kasemengeist auszutreiben, war eine primordiale Frage der europäischen Sicherheit. Es wäre schlecht um uns Deutsche bestellt, hätte dieser moralische Exorzismus seine Wirkung verfehlt. Wenn aber die Umerziehung der Deutschen das Ziel aller war, warum heute klagen, daß sie so gut gelungen ist? Tod oder Leben, das ist nach wie vor die Kernfrage von Krieg und Frieden. Warum sich entrüsten, daß junge Deutsche heute gegen den Tod und für das Leben demonstrieren? Hat man den Deutschen - zu Recht oder zu Unrecht - in der Vergangenheit nicht gerade das Gegenteil vorgeworfen? "Den Menschen ist es eigentümlich, das Leben zu lieben", urteilte Clemenceau. "Die Deutschen haben diesen Trieb nicht. In der Seele der Deutschen, in ihrer Kunstauffassung, in ihrer Gedankenwelt und in ihrer Literatur findet sich ein Mangel an Verständnis für das, was wirklich das Leben aufmacht, für seinen Reiz und seine Größe. Dagegen sind sie von krankhafter und satanischer Todessehnsucht erfüllt. Wie lieben diese Menschen den Tod!" Wie haben sich diese Menschen gewandelt, müßte Clemenceau heute feststellen angesichts der zahlreichen Kundgebungen für das Leben, die überall in Deutschland stattfinden.

Seit 1945 hält das Ausland uns Deutsche zu kollektiver Trauerarbeit an: "Vergeßt nie, was Ihr angerichtet habt". Die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte steht für Deutsche unter einem anderen Vorzeichen als für alle übrigen Nationen, die nicht durch das Kainsmal "Auschwitz" gezeichnet sind. Wer die Deutschen mahnt, sich dieser moralischen Hypothek stets bewußt zu bleiben, muß ihnen wohl zugestehen, aus einer spezifischen Erinnerung auch

eine spezifische Einstellung zu gewinnen. Dies hat weniger mit einem neuen deutschen Sonderweg zu tun als vielmehr mit der historischen Singularität der Verbrechen, die von den Nazis im Namen der Deutschen begangen wurden.

Noch kein Jahr ist es her, da spukte durch die internationale Presse das Gespenst des "Vierten Reichs": Die Vorstellung eines großen, starken vereinten Deutschlands, das an Machtpolitik und militärischen Aktionen erneut Gefallen finden könnte, löste überall Frösteln aus. Und nun verlangen ausgerechnet dieselben Leute, die bis dato nicht müde wurden, die Welt vor einem großen Deutschland zu warnen, von diesem Deutschland, es solle sich machtpolitisch und militärisch stärker in der Welt engagieren. Weiß man im Ausland nicht, daß man einem ehemaligen Alkoholiker, der es endlich geschafft hat, "trocken" zu sein, keine Cognacbohnen anbieten soll? Die alte deutsche Rechte hört die neuen Töne aus dem Ausland gern, leidet sie doch schon lange mehr oder weniger offen darunter, daß die deutsche Außenpolitik nicht machtbewußter auftrumpft. Es wäre fatal, wenn die deutsche Rechte im Schatten des Golfkrieges ihr Süppchen kochen könnte. Deutschland muß sich zurückhalten, was die militärische Unterstützung für die Alliierten betrifft. Wer allerdings für die eigenen Soldaten beansprucht, daß sie nicht in den Krieg zu ziehen brauchen, muß dies für alle Soldaten beanspruchen. Jede Moral des "Ihr-kämpft-wir-zählens" bleibt fragwürdig. Mit mangelnder Bündnistreue oder Solidarität, gar mit Antiamerikanismus darf dies nicht verwechselt werden.

Selbstverständlich schulden vor allem wir Deutsche den Israelis Beistand, solange sie angegriffen oder bedroht werden. Das darf uns aber nicht daran hindern, den Frieden zu fordern - das Ende der Bedrohung auch für Israel. So sehr ich es begrüße, daß die Bundesrepublik Abwehrraketen nach Israel sendet, so sehr bedauere ich es, daß die Bundesregierung ihre diplomatischen Möglichkeiten nicht stärker nutzt, um neue Friedensinitiativen zu ergreifen. Dies wäre in meinen Augen die Aufgabe, der sich Deutschland in Erinnerung seiner Geschichte und aus neugewonnener Verantwortung zu stellen hat. Je schmaler die Leistung der Bundesregierung in dieser Hinsicht, desto breiter der Protest auf der Straße.

Ist es das schlechte Gewissen, das die Bundesregierung lange Zeit lähmte, zu Friedensinitiativen unfähig machte? Sie hat den legalen Waffenhandel durch Bürgschaften unterstützt: Dank deutscher Hilfe erreichen jetzt irakische "Scud"-Raketen die israelischen Städte. Und sie hat zu wenig getan, um die illegale Ausfuhr von Rüstungsgütern zu unterbinden: Dank deutschem Know-how ist jüdisches Leben erneut von Gas bedroht. Welche eine Schande! Auch andere Regierungen, deren Soldaten heute am Golf kämpfen, haben sich kräftig an der Aufrüstung Saddam Husseins beteiligt - ein trauriger, unverzeihlicher Skandal. Doch wird die Scham, die viele Deutsche angesichts der todbringenden Geschäftstüchtigkeit einiger deutscher Unternehmer befällt, dadurch keineswegs gemildert.

Gewiß ist der Protest der deutschen Friedensbewegung zu einem Teil der Ausdruck von Scham. Daß die Scham dort am größten ist, wo die Schuld am geringsten, ist so ungewöhnlich nicht. Keine andere Gruppe hat in der Vergangenheit entschiedener und nachhaltiger ein striktes Exportverbot für Rüstungsgüter gefordert wie gerade die Friedensbewegung. Wäre es nach ihr gegangen, brauchte man heute einen Saddam Hussein nicht unter hohem Blutzoll "zwangsabzurüsten". Daß ausgerechnet diese Friedensbewegung jetzt wegen Aufschädigung an den Pranger gestellt wird - sogar von denen, die sich früher im Namen der Handelsfreiheit vor die Todesexporteure stellten - ist ein Aberwitz. Wenn je dem deutschen Ansehen im Ausland geschadet wurde, dann nicht von einer bunten Friedensbewegung, sondern von skrupellosen Geschäftemachern, von Todesexporteuren und Gasttechnikern und denen, die sie gewähren ließen. Aus dem Golfkrieg müssen wir die Lehre ziehen, daß derlei Geschäfte in Zukunft nicht mehr möglich sein dürfen.

Die Friedensbewegung ist vor allem ein Ausdruck des Protestes gegen die menschliche Unvernunft. Krieg entsteht in den Köpfen. Solange wir Krieg als letztes Mittel der Politik akzeptieren, wird er immer wieder ausbrechen. Und er wird um so eher ausbrechen können, je harmloser er sich darstellen darf. Auch die Boulevardpresse gab diesem Krieg eine sportliche Note: "Go, get him boys!", mit dieser Schlagzeile kündigte ein englisches Massenblatt den Beginn

der Kampfhandlungen an - als gelte es, den UEFA-Cup auf die Insel zu holen. Gegen diese Art Kriegsverharmlosung oder Kriegsverherrlichung ist Protest ein Gebot der Moral. Und diesem Protest schließe ich mich erst recht an, wenn ich das Gefühl habe, er soll auch noch diskreditiert werden. Junge Menschen sind mir allemal lieber, wenn sie für den Frieden statt für den Krieg auf die Straße gehen. Solche Demonstrationen kommen mir sehr vernünftig und sehr erwachsen vor. Welch kindische Illusion hingegen bei lebenserfahrenen Politikern, zu glauben, daß ein moderner Krieg je "gerecht" sein könnte - bei all dem Leid, bei all dem Tod, den er immer auch über unschuldige Menschen bringt! Man mag den Krieg am Golf als ein notwendiges Übel bezeichnen - eine Ansicht, die ich nicht teile -, aber ihn "gerecht" oder "heilig" zu nennen, kommt einer Verhöhnung der unschuldigen Opfer gleich.

Protest gegen Krieg und Gewalt ist eine der größten zivilisatorischen Errungenschaften der westlichen Demokratien. Würde diese Errungenschaft auch nur für einen Augenblick in der Öffentlichkeit diskreditiert, dies wäre vielleicht der schrecklichste Sieg, den ein orientalischer Despot über den Westen erringen könnte. Aber Saddam Hussein darf nicht siegen, weder er selbst noch sein Prinzip - die Gewalt. Würde der Irak militärisch entscheidend geschlagen und der Krieg als erfolgreiches Mittel der westlichen Politik dadurch wieder salonfähig, auch dies wäre eine Niederlage der Kultur.

Es fiel mir schwerer, gegen die Barbarei auch des Krieges am Golf zu sein, wenn ich nicht der festen Überzeugung wäre, daß es menschenwürdigere, vernünftiger Mittel gab, einen Diktator zur Reason zu bringen; wenn ich nicht der Überzeugung wäre, daß es diese Mittel noch immer gibt. Hätte man dieselbe Kraft und dasselbe Geld, die jetzt der Krieg verschlingt, für die Durchsetzung eines wirksamen Embargos eingesetzt, dem hätte kein Land wie der Irak auf Dauer widerstehen können. Aus dem Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt ist selten etwas Gutes herausgekommen. Kuwait wird befreit werden, vielleicht, wahrscheinlich. Aber es wird dann auch frei sein von allem, was ein Land an Lebenswertem zu bieten hat. Von Bismarck stammt der kluge Satz, daß man für einen Krieg einen Grund haben sollte, der auch nach dem Krieg noch Bestand hat. Gut, der Diktator Saddam Hussein wird möglicherweise ausgespielt haben, seine Vernichtungsmaschinerie wird weitgehend selbst vernichtet sein, die Menschen in Israel werden ruhiger schlafen können. Fragt sich nur, wie lange.

Schon jetzt steht fest, daß der Preis für diesen Frieden hoch sein wird. Zu hoch? Es wäre makaber, eine Gegenrechnung mit getöteten oder verstümmelten Menschen aufzumachen. Die politische Gegenrechnung ist beunruhigend genug. Dieser Krieg wird dem religiösen Fundamentalismus Auftrieb geben. Unter den Trümmern des Krieges werden auch die Keime von Demokratie und Frauenemanzipation, die es in der arabischen Welt in bescheidenem Ausmaß gibt, verschütt gehen. Jede Modernität wird verteuert werden. Was aber könnte ein religiöser Obskurantismus anderes gebären als neue Gewalt? Und wen sonst als Israel wird diese Gewalt zuerst treffen? Das sind verzweifelte Aussichten für eine notwendige spätere Nah-Ost-Konferenz.

Es kann also nie zu spät sein, auf den Weg der Vernunft zurückzukehren: Alle Kampfhandlungen einzustellen und der Diplomatie eine neue Chance zu geben.

(-/8.2.1991/rs/fü)
